

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/45

Bonn, den 9. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Bundesregierung steht zu ihrem Wort</u> Ziel der Ost-West-Gespräche: Den Frieden in Europa sicherer machen	45
1 a	<u>Langsamer, aber steter SPD-Fortschritt in Bayern</u> Die CSU ist nicht gefeit	15
1 a	<u>Volksabstimmung in Hessen bestätigt Jungwähler</u>	21
2 - 3.	<u>Mißbrauch des Namens Adenauer</u> Die "Deutschland-Stiftung" in den Händen politischer Träumer Von Dr. Günther Müller, MdB	73
3 - 4	<u>Z Y P E R N</u> Athener Junta provoziert den Westen Hintergründe des Attentats auf Erzbischof Makarios	62
	<u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u> Neues Eherecht im Werden Reformer wünschen sich breite Diskussion des Entwurfs Rund 70.000 erwerbslose Frauen suchen Arbeit in der Bundesrepublik Etwa 15.000 unter ihnen sind über 45 Jahre alt "Umfunktionierte" Mona Lisa ... denn Schönheit wird durch Kunst gehoben Konsultativstatus beim Europarat	

### Die Bundesregierung steht zu ihrem Wort

Ziel der Ost-West-Gespräche: Den Frieden in Europa sicherer machen

sp - Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, kann niemand mit Gewißheit sagen, mit welchem Ergebnis die Gesprächsrunden in Moskau, Warschau und Ostberlin enden werden. Das vergangene Wochenende hat uns mit einigen Äußerungen aus Ostberlin konfrontiert, die vermuten lassen, daß man dort mit sehr hohem Einsatz zu spielen gedenkt. In Moskau und Warschau dagegen ist es auffallend ruhig geblieben. Ob dieser Unterschied in der publizistischen Begleitmusik zu den Ost-West-Gesprächen irgendeine politische Bedeutung hat, wissen sicher nur die Kreml-astrologen.

Was Bundeskanzler Brandt über die von Ostberlin in den Vordergrund gestellten Zumutungen denkt, hat er deutlich und öffentlich gesagt. Wir sind sicher, daß sein Beauftragter, Ministerialdirektor Dr. U. Bahm, mit der ihm eigenen Gelassenheit auch "vor Ort" die Auffassungen Brandts vortragen wird. Ob man dann begreift, was der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, gemeint hat, als er sagte, das Beharren auf unzumutbaren Forderungen werde sich schließlich zum Nachteil **b e i d e r** Teile Deutschlands auswirken, dürfte sich bald herausstellen.

Kein verantwortlicher Politiker in der Bundesrepublik hat geglaubt, daß die von der Regierung Brandt/Scheel eingeleiteten Gespräche in Ostberlin, Warschau und Moskau zu schnellen Ergebnissen führen könnten. Und selbst, wenn es im Augenblick aus Gründen, die bestimmt nicht in Bonn zu suchen sind, zu keinen Ergebnissen kommen sollte, so wird die Welt deswegen nicht untergehen. Diese Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sind entschlossen, den begonnenen Dialog nicht abreißen zu lassen. Sollte eine erste Runde - aus welchen Gründen auch immer - die zwischen Ost und West bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze nicht auflockern können, so wird man eine zweite und sicher auch eine nächste Runde vorbereiten.

Schon in seiner Regierungserklärung und später im Bericht zur Lage der Nation hat der Bundeskanzler keinen Zweifel darüber gelassen, daß er illusionslos, aber zielstrebig die schon von seinem Vorgänger eingeleitete Politik fortsetzen wird. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sind sich wohl bewußt, daß dieser Weg lang ist und daß Millimeterarbeit geleistet werden muß, um die auf ihm liegenden Steine und Felsbrocken wegzuräumen.

Deswegen beurteilt die Bundesregierung die jetzt bei manchem Oppositionspolitiker zu hektischen Ergüssen führende Beredsamkeit mit Gelassenheit. Sie hat ihre Absicht bekundet, die Verhältnisse im geteilten Deutschland und im geteilten Europa neu ordnen zu helfen, weil dieser Versuch die einzige Möglichkeit ist, den Frieden in Europa sicherer zu machen. Zu diesem ihrem Wort steht die Bundesregierung.

- + +

Langsamer, aber steter SPD-Fortschritt in Bayern

Die CSU ist nicht gefeit

sp - Bei den bayerischen Teilkommunalwahlen des 8. März haben die Parteien im allgemeinen ihre Positionen behauptet. Wenn CSU-Generalsekretär Max Streibl davon spricht, die CSU habe wieder "Tritt gefaßt", so deutet das auf überstandene Ängste hin, die man bei der zur Schau getragenen Selbstgewißheit der Strauß-Partei kaum vermutet hätte.

Die SPD hat, wie ihr Landesvorsitzender Volkmar Gabert betonte, "sogar im tiefsten bayerischen Wald" Stimmen hinzugewonnen. Aber auch ihre Bürgermeister- und Landratskandidaten konnten vielfach einen beachtlichen Stimmenzuwachs selbst dort erzielen, wo die CSU vorerst noch die Mandate erhielt. Anders allerdings in der Grenzstadt Hof. Dort mußte die SPD den Sessel des Oberbürgermeisters räumen.

Im übrigen haben die bayerischen Teillokalwahlen des 8. März erneut klargemacht, wie wenig die CSU Grund hat, sich über ihre Schwesterpartei CDU erhaben zu dünken. Auch in Bayern rückt die SPD vor, langsam, aber stetig.

+ + +

Volksabstimmung in Hessen bestätigt Jungwähler

sp - Nach Hamburg, Schleswig-Holstein, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und West-Berlin hat nun auch Hessen das Wahlalter herabgesetzt. In Hessen hat sich gezeigt, daß nicht nur die Parlamentarier, sondern auch ihre Wähler in der Mehrheit den Jungen ab 18 das aktive und ab 21 das passive Wahlrecht zuerkennen. Diese erste Volksabstimmung über die Wahlreife der Jungbürger ist ein günstiges Omen für weitere, wie sie u.a. in Bayern noch bevorstehen.

Da man weiß, daß im allgemeinen die ältesten Mitbürger wenig Neigung zeigen, den ganz Jungen die Wahlreife zuzubilligen, muß aus der Volksabstimmung in Hessen geschlossen werden, daß diejenigen nicht Recht haben, die von einer drohenden "Greisen-Herrschaft" in den demokratischen Gesellschaften unseres vergleichsweise langlebigen Jahrhunderts sprechen.

Die Wahlbeteiligung war bei der hessischen Volksabstimmung mit 40,3 Prozent über Erwarten groß. Ohne die starken Schneefälle am ersten März-Sonntag 1970 dürfte sie noch höher ausgefallen sein. Bedenkt man, daß vorher vielfach über mangelhafte Werbung für das "Votum 18" in Hessen geklagt worden war, so hat man jetzt den Eindruck: Die Herabsetzung des Wahlalters bedarf keiner großen Werbung mehr; sie wird in unserer mobilen Gesellschaft als selbstverständlich bejaht.

+ + +

Mißbrauch des Namens Adenauer

Die "Deutschland-Stiftung" in den Händen politischer Träumer

Von Dr. Günther Müller, MdB

Mit dem Erscheinen des von der "Deutschland-Stiftung" herausgegebenen "Deutschland-Magazin", einer zweimonatlich erscheinenden, politisch rechts orientierten Tendenzzeitschrift, hat der Außenseiter Kurt Ziesel wieder eine publizistische Heimat gefunden. Das Blatt, in der Tradition von Ziesels politischen Bücher-Kampagnen her bekannten Mischung aus Tatsachen und Meinung zusammengeschrieben, befindet sich im Kampf um Beachtung und eine feste Lesergemeinde noch im Stadium des Experimentierens. Während die vorletzte Nummer dem CSU-Organ "Bayernkurier" als Beilage auf den Weg gegeben wurde, schickte Ziesel seine neueste Ausgabe jetzt an die Abgeordneten des Bundestages nach Bonn. In seinem Begleitbrief an die Mitglieder der SPD- und der FDP-Fraktion gibt sich Ziesel, der es im Übrigen für opportun hält, nicht namentlich in Erscheinung zu treten, sondern sich hinter dem "Vorstand" der "Deutschland-Stiftung" als Unterzeichner, allerdings mit Absendeort Breitbrunn am Chiemsee, Ziesels Wohnort, zu verstecken, ungewohnt konziliant. "Aus echter Sorge" und "demokratischem Verantwortungsbewußtsein" erfolge, so schreibt Ziesel, die in dem Heft enthaltene harte Kritik an der neuen Ostpolitik und auch der Innenpolitik der neuen Bundesregierung. Freundlicherweise bietet er sogar den Abdruck kritischer Stellungnahmen in seinem nächsten Heft an.

Wer sich durch dieses demokratische Gebaren vielleicht irritieren ließ, wird bei näherer Betrachtung des "Deutschland-Magazin" eines Besseren belehrt. Das Blatt, dessen Inhalt in der Hauptsache dem Kampf gegen Ostpolitik und Justizreform der neuen Bundesregierung, gegen angebliche Aufweichung der antikommunistischen Berichterstattung und gegen die Sexwelle gewidmet ist, trägt durchgehend Ziesels Handschrift. In seiner äußeren Aufmachung und im Layout erinnert es darüber hinaus stark an vor acht Jahren eingegangene, von dem Passauer Verleger Kapfinger herausgegebene Rechtsmagazin "Aktuell". Ein auf einem Einbandstreifen angedrucktes "Redaktionsprogramm" mit Schlagworten wie "Deutschland-Magazin kämpft gegen den Rufmord der Massenmedien gegenüber Persönlichkeiten der demokratischen Mitte" ist denn auch über das schlechte, weil unübersichtliche Layout hinaus eine klare Kopie des seinerzeit anfangs von Adenauer unterstützten "Aktuell".

Gedruckt wird diesmal bei der Fränkischen Gesellschaftsdruckerei Würzburg, wo auch die rechtskatholische Wochenzeitung "Deutsche Tagespost" erscheint. Verantwortlich für den Inhalt zeichnet der Chefredakteur des Regensburger Bistumsblatts, der katholische Rechtsausenpublizist Anton Reiter, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der "Deutschland-Stiftung" ist und in der neuesten Ausgabe des "Deutschland-Magazin" ein Interview mit seinem Chef, dem Regensburger Bischof Graber, untergebracht hat. Weitere Autorennamen sind im Impressum des "Deutschland-Magazin" nicht zu finden, wie auch die meisten Beiträge nicht gezeichnet sind. Ein "Bonner Korrespondent" existiert zwar, sein Name bleibt jedoch geheim. Genauso ungenannt bleibt der Verfasser eines "Exklusiv-Interviews" mit Franz-Josef Strauß unter der Schlagzeile "Konzentrierter Psychoterror einer Regierungspartei" (gegen die Springer-Presse), worin Strauß die Gefahr einer "Gleichschaltung" der Presse in schwärzesten Farben ausmalt.

Zur Herausgabe der neuen Zeitschrift von rechts wurde eigens der "Verlag Deutschland-Magazin" mit Sitz in Breitbrunn am Chiemsee gegründet, Allein-Inhaber: Kurt Ziesel. Dies ist im ganzen Heft der einzige

Hinweis auf den spiritus rector. Ziesel wird wohl Grund genug haben für seine Scheu, sich offen zu bekennen. Er kennt den schlechten Ruf, den er als politischer Schriftsteller genießt, selbst am besten. Nur seine Prozeßfreudigkeit, die sich jüngst wieder in einem juristischen Techtelmechtel mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund manifestierte, der das neue Magazin als "rechtsradikales Hetzblatt" bezeichnet hatte, hindert daran Ziesels Tätigkeit mit deutlicheren Worten zu charakterisieren.

Bedenklich wird die Sache aber dann, wenn für die Werbung für das neue "Magazin" der Name des in der ganzen Welt geachteten ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer mißbraucht wird. Durch Herausstellung eines Briefes von Adenauer an den konservativen Publizisten Winfried Martini, der auf dem Titelblatt als "im Blick auf den Machtwechsel in Bonn erstaunlich aktuell" und "als deutliche Mahnung des großen Staatsmannes" bezeichnet ist, wird dem Leser geistige Verwandtschaft mit Adenauer suggeriert. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieser Brief (aus dem Jahre 1966, also ein Jahr vor seinem Tod) jedoch nur als weiteres Dokument für Adenauers taktisches Geschick, das ihn im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl die SPD als kommunismusfreundlich zu verächtigen bewog.

Der Mißbrauch des Andenkens an den von allen politischen Richtungen geachteten großen Staatsmann verdient schärfste Kritik. Auch einem Außenseiter-Publizisten wie Ziesel sollte es nicht erlaubt sein, sein mieses Süppchen mit Adenauer-Zitaten zu würzen.

+ + +

#### Z Y P E R N

---

Athener Junta provoziert den Westen

Hintergründe des Attentats auf Erzbischof Makarios

B.H.-Mit Unmut wurde in letzter Zeit in den westeuropäischen Hauptstädten die Aktivität der Athener Militärregierung auf Zypern registriert. Bereits im vergangenen Dezember hatte der Londoner "Observer" in grosser Aufmachung gemeldet, daß das griechische Außenministerium mit neofaschistischen Kreisen Italiens in Kontakt stehe und einen eventuellen Militärputsch in Rom unterstütze. Nun sind ähnliche Eingriffe Athens in die Selbständigkeit Zyperns bekannt geworden. Auf der Mittelmeerinsel hatte eine nationalistische Organisation - die "Nationale Front" - in den letzten drei Monaten Bombenanschläge verübt und in Pamphleten die legale Regierung unter Erzbischof Makarios in Nikosia angegriffen. Durch blitzartige Polizeiaktionen wurden die illegalen Waffen, die sich in Händen von Zivilisten befanden, eingezogen. Gleichzeitig verabschiedete das zypriotische Parlament ein Gesetz, aufgrund dessen verdächtige Bürger, die auch weiterhin ohne polizeiliche Erlaubnis im Besitz von Waffen sind, durch direkte Entscheidung des Obersten Richters ohne Prozeß bis zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt werden können.

Zwar hat sich die Athener Junta offiziell von der "Nationalen Front" distanziert, aber es gibt kaum einen Zweifel, daß die materielle Unterstützung dieser Organisation aus der Kasse der Obristen stammt. Unter anderem zeigt das der Inhalt von Veröffentlichungen der "Nationalen Front", die sich mit der Athener Diktatur identifiziert. Das

Militärregime in Athen brauchte wegen der internationalen Isolierung, die seit dem Ausschluß aus dem Europarat ständig zunimmt, und wegen des wachsenden Widerstandes in Griechenland selbst, irgendeinen außenpolitischen Erfolg. Er glaubte, mit der Unterminierung des zypriotischen Staates durch die "Nationale Front" den Anschluß der Mittelmeerinsel an Griechenland erreichen zu können. Die Folge war, daß nach Berichten der zypriotischen Presse die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 17. Februar eine scharfe Stellungnahme veröffentlichte; sie sei ermächtigt zu erklären, daß die gegenwärtige Entwicklung um und auf Zypern in der UdSSR aufmerksam verfolgt wird. Die Rolle der griechischen Offiziere, die in den Streitkräften der Republik Zypern Schlüsselstellungen innehaben, sei gefährlich. Die Erklärung betonte weiter, wer Pläne zur Beseitigung der Unabhängigkeit des rechtswidrigen zypriotischen Staates und zum Sturz seiner legalen Regierung schmiede, lade eine schwere Verantwortung für die möglichen Folgen einer solchen Handlungsweise auf sich. Sie widerspreche der bekannten Zypernresolution des Sicherheitsrates und provoziere so ernste Entwicklungen.

Diese Erklärung zeigt den Leichtsinns, mit dem die Athener Militärregierung die nationalen Interessen Griechenlands behandelt. Zypern gehört geistig und politisch zur westlichen Welt. Es ist charakteristisch, daß nun die Athener Bemühungen die Bewahrung der Unabhängigkeit Zyperns in die Hände Moskaus gelegt haben. Damit hat die Militärjunta dem Westen in diesem neuralgischen Gebiet einen Bärendienst erwiesen; der Vorgang zeigt, welche Komplikationen dieses Regime hervorruft.

Nach Informationen aus Nikosia hat die Haltung des Erzbischofs Makarios zur völligen Kontrolle der Situation geführt. Zypern braucht keine ausländische Einmischung, um seine Unabhängigkeit zu bewahren. Aber auch England, das zwei Stützpunkte mit vollen Souveränitätsrechten auf der Mittelmeerinsel hat, und die Türkei, die wegen der 20 Prozent türkischer Zyprioten zusammen mit Griechenland Schutzmacht Zyperns ist, verfolgen die Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit. Dank der Politik von Erzbischof Makarios ist es seit knapp zwei Jahren zu einem friedlichen Dialog zwischen den Vertretern der griechischen Mehrheit auf der Insel und den türkischen Zyprioten gekommen. Die Ansichten der beiden Volksteile sind noch weit voneinander entfernt. Die Türken beharren auf einer kommunalen Autonomie, die mit der Spaltung der Insel gleichbedeutend wäre. Doch die friedliche Koexistenz ist durch den Dialog gesichert.